

Sachsen-Zeitung

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft,



Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Die Sachsen-Zeitung erscheint täglich nachmittags 5 Uhr in den folgenden Tagen: Montag, Dienstag, Donnerstag, Freitag, Samstag, Sonntag, Feiertage. Preis: 10 Pfennig. Einzelnummern 15 Pfennig. Fernruf: Amt Wilsdruff Nr. 6

Bei Abholung in Dresden im Monat, bei Zustellung durch die Posten 2,30 Mark, bei Postbestellung 2,50 Mark. Einzelnummern 15 Pfennig. Fernruf: Amt Wilsdruff Nr. 6

Die Sachsen-Zeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Rostitz u. a.

Nr. 101 - 83. Jahrgang.

Verl.-Nr.: „Sachsen-Zeitung“

Wilsdruff-Dresden.

Postleitzahl: Dresden 2640

Mittwoch 30. April 1924

Frankreich an der Wahlurne.

Nach Tage nach den deutschen Wahlen schreitet auch der französische Bürger zur Wahlurne, um ein Urteil darüber zu fällen — nicht wie der Deutsche es tut —, ob ihm die Ziele, das Programm dieser oder jener Partei recht ist, sondern lediglich darüber, ob ihm die von der derzeitigen Regierungskoalition getragene Politik recht ist oder nicht. Einmal und verlassen steht das Palais Bourbon (das Abgeordnetenhaus in Paris), denn die Abgeordneten haben sich ja schon alle längst in ihre Wahlkreise begeben, um dafür zu sorgen, daß sie von den kleinen aber mächtigen Lokgruppen wieder aufgestellt werden.

Man redet so viel über französische Parteien, aber die gibt es, wenigstens in unserem Sinne, nur auf dem linken Flügel. Nämlich die Sozialdemokraten und die Kommunisten. Was im übrigen die sogenannten französischen Parteien angeht, so haben sie zwar alle einen mehr oder weniger schönen Namen, aber gewiß kein Programm, das zu entwerfen bekanntlich das erste ist, was eine neugegründete Partei tut. Sie sind nämlich „Führer- oder Interessensparteien“, genau ebenso wie jeder Abgeordnete keineswegs etwa von den maßgebenden Wählern seines Departements auf irgend ein Programm hin verpflichtet wird, sondern zunächst nur darauf, die Interessen des Departements, d. h. also der Leute, die darin wohnen, energisch zu vertreten. „Monsieur le Député“ hat nämlich vor allem die verfassungsmäßige Pflicht, bei den Behörden der Zentrale sowohl wie im Departement selbst die Wünsche und Beschwerden seiner „Électeurs“, seiner Wähler, in allen Amtsstunden auf das hartnäckigste wahrzunehmen, besonders natürlich derer, die in seinem Departement von hervorragendem Einfluß sind.

Stört es keine Programmpartei, so ist also notwendig, daß sich der jeweils regierende Ministerpräsident für seine Politik eine Mehrheit überhaupt erst schafft. Clemenceau verstand das zu bewerkstelligen durch seine harte Energie, Poincaré durch seine Fleißigkeit, Briand durch seine glänzende Beredsamkeit. Denn das französische Parlament ist wirklich ein Ort, wo Beredsamkeit noch etwas gilt und etwas erreichen kann. Und es ist charakteristisch, daß beispielsweise eine der stärksten Säulen der Politik Clemenceaus ein aristokratischer Landesgenosse von ihm — aus der Vendée nämlich — war, der jedesmal, wenn ein neuer französischer Präsident gewählt wurde, in den dreißig Jahren seines Aufenthaltes im Palais Bourbon sein: „Vive le Roi! Es lebe der König!“ hinausgeschrieen hat. Der einstmalige, als ihn Clemenceau aus Dankbarkeit für die parlamentarische Unterstützung einen Händedruck verweigern wollte, die Hände auf den Rücken zusammenlegte und dem „Tiger“ ins Gesicht schrie: „Hebe dich hinweg von mir, Satan!“ Er war nämlich Monarchist.

Erfolg, vor allem natürlich außenpolitischer Erfolg, und Energie sind also die beiden Hebel, mit denen sich der französische Ministerpräsident die Mehrheit schaffen muß. Darum ist aber gerade das Palais Bourbon häufig der Schauplatz erregtester Auseinandersetzungen und zahlloser Ministerkatastrophen, weil eben eine klare Parteipolitik gar nicht existiert, es gar nicht selten ist, daß ein Abgeordneter Mitglied mehrerer Parteien ist, weil derartig lose Gruppen sich um die Persönlichkeit eines Mannes bilden, um morgen zu verschwinden. Im übrigen weiß man ja natürlich auch in Frankreich, daß die Politik des Staates nicht von den Inhabern eines Sitzes im Palais Bourbon gemacht wird, sondern daß einige wenige, vor allem ein ganz kräftiger Mann hinter diesem Vorhang wirklich regieren und die Akteure vor dem Vorhang als Puppen am Draht ziehen. Frankreichs politisch-parlamentarisches Leben hat deshalb alle möglichen Schattenseiten aufzuweisen, und dabei sind die finanziellen Fragen die wichtigsten. Mancher der mächtigeren Abgeordneten verbandt seinen Einfluß vor allem den Summen, die er seinen Herren Kollegen meistens auf immerwiedersehen geliehen hat, und wie stark das Geld auf die politische Haltung der großen Maßgebenden und damit auch auf die Stimmungen der im Palais Bourbon wichtigen Zeitungen eingewirkt hat und noch einwirkt, bewiesen ja die Bestellungen in dieser Richtung.

Die französische Politik und die französischen Politiker haben zum Teil einen etwas eigentümlichen „Geruch“ an sich; aber — vielleicht läßt sich gerade deshalb von den Mächtigeren und den Energischeren unter ihnen mit den andern und durch die andern die bekannte französische Politik treiben.

Poincares Schikanenpolitik.

Deutschlands wirtschaftliche Einheit.

Schnelle Beschlüsse notwendig.

In Paris weisen die belgischen Minister Theunis und Hymans, um mit dem französischen Ministerpräsidenten Poincaré und Mitgliedern der Reparationskommission über das Sachverständigen Gutachten und seine Durchführung zu verhandeln. Nach Ansicht der belgischen Regierung dürfte kein Mittel unversucht bleiben, um für die

Belgisch-französische Verständigung.

Theunis bei Poincaré.

Paris, 29. April. Der belgische Ministerpräsident Theunis in Begleitung des belgischen Außenministers Hymans ist Montag vormittag von Poincaré empfangen worden. Hymans ist Montag vormittag von Poincaré empfangen worden. Theunis wurde sofort in das Privatkabinett Poincares geführt. Poincaré unterhielt sich über eine Stunde mit Theunis. Die Besprechung wurde ohne Heugens geführt und von amtlicher Stelle keinerlei Mitteilung darüber gemacht.

Tirard, Hoch, Barthou, Theunis und Hymans bei Poincaré.

Paris, 29. April. Bei der zweiten Zusammenkunft, die die belgischen Minister kurz vor ihrer Abreise mit Poincaré hatten, waren Tirard, der Präsident der Rheinlandkommission, Marschall Hoch und Barthou zugegen. Tirard hat über die wirtschaftliche Lage im besetzten Gebiete Bericht erstattet. Hoch seinerseits soll auf die strategische Bedeutung der Rhein- und Ruhrbahnen hingewiesen haben. Der Meinungsaustausch zwischen Belgien und Frankreich soll auf diplomatischem Wege fortgesetzt werden.

Das amtliche Kommuniqué über die Pariser Besprechungen.

Paris, 29. April. Das amtliche Kommuniqué über die Verhandlungen der beiden Ministerpräsidenten erteilt keinerlei Aufschlüsse über die Probleme, die behandelt worden sind. Es wird lediglich festgestellt, daß Poincaré und Theunis sich über die durch die Expertenberichte geschaffene Lage besprochen haben.

Paris, 29. April. Nach dem dipl. Mitarbeiter der Daily Mail ist zwischen Belgien und Frankreich gestern eine Verständigung u. a. in nachstehenden Punkten erzielt worden. Für die Sicherheit der Truppen im Rheinland und die kleineren französisch-belgischen Garnisonen, die an der Ruhr aufrecht erhalten bleiben, müssen wirksame Garantien erteilt werden. Auf diesen Punkt hat namentlich Marschall Hoch, der der letzten gestrigen Abend stattgefundenen Zusammenkunft zwischen den belgischen Ministern und Poincaré betwohnte, hingewiesen. Nach dem New York Herald sind gemeinsame interalliierte Strafmaßnahmen für den Fall deutscher Verbrechen nicht erörtert worden und die beiden Regierungen wären dahin übereingekommen, daß die Frage der Sanktionen vorläufig überhaupt nicht aufgeworfen werden sollte, solange mit der teilweise wirtschaftlichen und eventuell militärischen Räumung des Ruhrgebietes nicht begonnen sei. Die französischen Wähler werden ebenfalls zu, daß die Frage der Sanktionen nur flüchtig gestreift wurde. Mit völliger Entschiedenheit sei dagegen das Problem der interalliierten Schulden übergangen worden.

Ausgabe der deutschen Auslandsanleihe eine günstige Atmosphäre zu schaffen; denn eine Verhinderung oder Verzögerung der Anleihe würde ernste Rückschlüsse auf die praktische Verwirklichung der übrigen Sachverständigenentwürfe zeitigen.

Nach sicherlich aus Kreisen, die der englischen Regierung nahe stehen, beeinflussten Londoner Berichten ist es klar, daß sorgfältige Verhandlungen nötig seien, um genau festzustellen, welche Funktionen jetzt der Reparationskommission, und welche den alliierten Regierungen zuzufallen. Durch ihre Zustimmung zu dem Sachverständigenbericht in seiner Gesamtheit spreche die italienische Regierung unzweifelhaft ihre Zustimmung zu der Politik aus, die Deutschland seine wirtschaftliche Einheit zurückgeben solle. In London sei man der Meinung, daß die Fassung schneller Beschlüsse durch die nahe bevorstehenden Wahlen in Deutschland und Frankreich erschwert würde. Die offensichtlichste Schwierigkeit aber bleibe die Frage, die Poincaré in seiner Antwort aufwerfe, nämlich die, was zuerst erfolgen solle: die Wiederaufnahme der Reparationszahlungen von seitens Deutschlands, oder die Wiederherstellung seiner wirtschaftlichen Einheit. Die Entscheidung darüber dürfte aber nicht zu einer Schikanenpolitik ausarten, wozu man in Frankreich Neigung zeige.

Morgans Bedingungen.

Der Geist freundschaftlichen Zusammenwirkens.

Der in Paris anwesende amerikanische Finanzmann Morgan soll erklärt haben, daß mit der Übernahme eines sehr erheblichen Teiles an der ersten Anleihe für Deutschland von 800 Millionen Goldmark durch Amerika gerechnet werden könne, wenn man in den Vereinigten Staaten die Überzeugung besäße, daß die Alliierten und Deutschland in einem neuen Geiste freundschaftlichen Zusammenwirkens sich auf den Sachverständigenplan geeinigt hätten. Inwiefern hänge viel davon ab, in welcher Form diese Einigung zustandekommt und inwieweit die Regierungen die Absicht bekunden, auch in Zukunft Frieden zu halten. Morgan ist der Ansicht, daß über den Zeitpunkt der Ausfertigung irgendwelcher Anleihen für

Poincaré fährt nach London.

(Eigener Fernsprechkreis der „Sachsen-Zeitung“.)

Paris, 29. April. „Chicago Tribune“ glaubt zu wissen, daß Poincaré nächste Woche zu Besprechungen mit Macdonald nach London gehen werde, um mit demselben betreffs einer interalliierten Konferenz Fühlung zu nehmen.

Die Besprechungen über die Sachverständigenberichte.

(Eigener Fernsprechkreis der „Sachsen-Zeitung“.)

London, 29. April. Reuter erfährt zu den Besprechungen über die Sachverständigenberichte, daß der nächste Schritt die Erwägung der auf die Reparationskommission eingegangenen Antworten durch die Reparationskommission sei, was wahrscheinlich morgen der Fall sein wird. Bis dahin dürften voraussichtlich die Antworten Japans und Jugoslawiens vorliegen. Es sei vollkommen möglich, daß der belgische Ministerbesuch ein Glied in einer Kette von Zusammenkünften bilden werden.

Die Namen der deutschen Unterhändler.

(Eigener Fernsprechkreis der „Sachsen-Zeitung“.)

Berlin, 29. April. Die deutsche Kriegskostenkommission hat am Montag der Reparationskommission die Namen der Herren mitgeteilt, die deutscherseits in den Eisenbahnorganisationsausschuss und in den Ausschuss für die Organisation der Industrie-Obligationen eintreten werden. Es sind dieses Staatssekretär Voigt (Eisenbahnorganisation) und Staatssekretär Trendelenburg sowie Geheimrat Bücher (Organisation der Industrie-Obligationen).

Unglaubliche Rohheit von Kommunisten.

(Eigener Fernsprechkreis der „Sachsen-Zeitung“.)

Hannover, 29. April. Eine unglaubliche Rohheit beging am Sonntag 20 40 Kommunisten an einem Arbeiter, einem Mitglied des Rotbundes. Der Mann wurde geschlagen, gefoltert und blutüberströmt auf die Schienen der Straßenbahn geworfen. Dem Wagenführer gelang es, den Wagen zum Halten zu bringen, und so daß der Mann nicht totgefahren wurde. Der Polizei gelang es, mehrere Rohlinge festzunehmen.

180 Bergleute verschüttet.

New York, 29. April. In einem Bergwerk bei Wheeling in West-Virginien hat eine Explosion schlagender Wetter stattgefunden, durch die 180 Bergleute von dem Grubenausgang abgeschnitten worden sind. Ihr Schicksal ist völlig ungewiß. Es ist nicht festzustellen, ob ein Teil von ihnen gerettet werden kann. Bisher ist es nur gelungen, zwei Schwerverletzte und zwei Leichen zutage zu fördern. Nach Ansicht eines Sachverständigen müssen die übrigen als verloren gelten.

Deutschland nicht sofort eine Entscheidung getroffen werden kann, da sie von einer Sondergesetzgebung abhängig ist, die die Zustimmung Deutschlands haben muß.

Unschädlichmachung der deutschen Tscheka

Berlin, 28. April. Zu der durch die gemeinsame Arbeit der Berliner und der Stuttgarter Polizeibehörde erfolgten Aufhebung einer kommunistischen „Tscheka“ in Deutschland erfahren wir noch, daß sich die Zahl der verhafteten Mitglieder dieser kommunistischen Geheimorganisation auf vierzehn erhöht hat; zehn davon, mit dem Kommunisten Felix Kaumann an der Spitze, befinden sich im Gewahrsam der Stuttgarter Polizeibehörde. Der Rest, darunter der eigentliche Leiter „Hellmuth“, alias Goreff, ist in Berlin in Haft. Hier befindet sich auch der bei einem Mitglied der Tscheka beschlagene Koffer mit Gift und Bazillenkulturen, die zur „Entledigung“ von Berrättern in der Partei oder besonderer politischer Persönlichkeiten dienen sollten. Die Sprengstoffe, Dum-Dum-Geschosse und sonstigen Waffen, die man bei der Tscheka gefunden hat, hat die Stuttgarter Polizei in Gewahrsam. Mit Rücksicht darauf, daß nach den bisherigen Ermittlungen Attentate auf den Chef der Heeresleitung, General v. Seeckt, und auf den württembergischen Minister des Innern Holz ausgeführt werden sollten, beschäftigt die Angelegenheit den Oberreichsanwalt, da es sich um einen vor den Staatsgerichtshof zu kommenden Fall handelt. Die kommunistische Presse erklärt, daß sie mit der Organisation nichts zu tun habe. Nach dem Ergebnis der stattgefundenen Untersuchung und den Geständnissen auf Grund ausgeführter Urkunden stehen die erteilten Nordaufträge im engsten Zusammenhang mit der R. P. D. Bezüglich des Attentats auf General v. Seeckt erfahren wir, er sollte ermordet werden, weil er als der gefährlichste Gegner der R. P. D. galt und für das Verbot der Partei verantwortlich gemacht wurde.

Berlin, 28. April. Die Untersuchung und Vernehmung der verhafteten Mitglieder der deutschen Tscheka fördert immer mehr Material zutage über die ungewöhnlichen Pläne und Taten der Kommunisten. Außer der Festnahme von 14 Personen stehen noch weitere Verhaftungen bevor. Aber die Attentatspläne gegen General v. Seeckt steht bereits fest, daß mehrere Male von dazu Beauftragten versucht wurde, den General zu ermorden, einmal